

CDU-Stadtratsfraktion Speyer

Speyer, den 02.06.2023

Dr. Axel Wilke | Bahnhofstraße 37 | 67346 Speyer

Frau Oberbürgermeisterin

Stefanie Seiler

67346 Speyer

Betr.: Vorschlag einer **Resolution des Stadtrates zur Flüchtlingsproblematik**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

namens der CDU-Stadtratsfraktion bitte ich Sie, im nächsten Ältestenrat über den Vorschlag der CDU-Fraktion für eine an Bund und Land gerichtete **Resolution** zu beraten, mit der wir unsere Enttäuschung über den Umgang der höheren staatlichen Ebenen mit den Kommunen kundtun und von der Landesregierung einen vorübergehenden Stopp der Zuweisung weiterer Flüchtlinge nach Speyer fordern.

Dies begründen wir wie folgt:

Immer mehr Menschen suchen Schutz in Deutschland. Eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa ist bisher ein frommer Wunsch geblieben. Bund, Länder und Kommunen stehen vor der immer schwierigeren Aufgabe, die geflüchteten Menschen angemessen zu versorgen, zu betreuen und zu integrieren. Die staatliche Ebene, welche das Problem am härtesten trifft, ist die der Städte, Kreise und Gemeinden. Auf der einen Seite haben sie die geflüchteten Menschen nach Durchlaufen der Erstaufnahme in ihre Obhut zu übernehmen, andererseits fehlen Geld und Personal, diese Aufgabe angemessen und human zu erfüllen. Unterbringung, Versorgung und Betreuung bringen die dafür in der Verwaltung Zuständigen und die vielen ehrenamtlich Engagierten immer mehr an den Rand der Erschöpfung, und das ganze System droht zu kollabieren. Sowohl der Flüchtlingsgipfel in Berlin wie die Regionalkonferenz der Landesministerin in Speyer im vergangenen Monat offenbaren, dass die übergeordneten Ebenen das Ausmaß der Krise entweder nicht sehen oder nicht sehen wollen.

In besonderem Maß gilt diese Diagnose für die Stadt Speyer. Mag die aktuell mit über 1.400 Menschen belegte Erstaufnahmeeinrichtung in der ehemaligen Kurpfalzkasernen auch formal in die Zuständigkeit des Landes fallen, so hat sie doch auch Auswirkungen auf die Stadt und die Stadtgesellschaft. Unruhe wächst bis hinein in die Mitte der Gesellschaft, und das Verständnis und die Aufnahmebereitschaft für weitere Geflüchtete sinken rapide. Der von der Landesregierung eingeräumte Zuweisungsbonus von 0,28 % der Flüchtlinge, die wir als Stadt weniger aufnehmen müssen, reicht nicht mehr aus. Eine Aussetzung der Zuweisung weiterer Flüchtlinge an die Stadt Speyer ist nötig, um den gesellschaftlichen Frieden nicht nachhaltig zu gefährden.

Wir fordern daher von Bund und Land:

1. eine ehrliche und gegenüber den Kommunen solidarische Flüchtlingspolitik; und
2. eine den Bedürfnissen entsprechende Finanzausstattung mit Übernahme sämtlicher Unterkunftskosten und genügend Mitteln für eine erfolgversprechende Integrationsarbeit.

Von der Landesregierung verlangen wir, bis auf Weiteres, bis die Zahl der in der Erstaufnahmeeinrichtung untergebrachten Menschen deutlich gesunken ist, der Stadt Speyer keine weiteren Flüchtlinge mehr zuzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Axel Wilke, Fraktionsvorsitzender